

EINE KAMPAGNE DER AWO IN SACHSEN-ANHALT

AWO fragt – Landesparteien antworten



Ehrenamt
Eine WERTvolle Tätigkeit

„Welche Lösungen hat Ihre Partei, damit das notwendige Ehrenamt eine Bereicherung der Zivilgesellschaft bleibt und nicht verstärkt zum Lückenbüßer für staatliche Aufgaben wird?“

LANDTAGSWAHL 6. JUNI 2021
EURE STIMME ZÄHLT

EHRENAMT
Eine WERTvolle Tätigkeit



Frage 1

Was unternimmt Ihre Partei, damit besonders junge Menschen Interesse am Ehrenamt zeigen und sich zivilgesellschaftlich einbringen?

Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

Wir ermutigen junge Menschen sich ehrenamtlich zu engagieren, indem wir sie in unsere Arbeit einbinden und ihnen Einblick in politische Entscheidungsprozesse ermöglichen. Gesellschaftliches Engagement setzt voraus, dass wir jungen Menschen Vertrauen entgegenbringen und ihnen über Jugendparlamente, Beiräte und die Stärkung ihrer Mitwirkungsrechte in den Schulgremien tatsächliche Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Unsere demokratische Gesellschaft lebt vom bürgerschaftlichen Engagement, ob in Wohlfahrtsverbänden, Verbänden, Vereinen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Parteien und kommunalen Vertretungen. Wir stellen aber fest, dass Engagement häufig kürzer und sporadischer stattfindet und seltener an feste Strukturen gebunden ist. In dieser Legislatur wurde auf Initiative der SPD der Landtagsbeschluss „Bürgerschaftliches Engagement stärken, Engagementstrategie auf den Weg bringen“ (LT-Drs. 7/4988, 2019) herbeigeführt, durch den die Landesregierung mit der Erarbeitung einer Engagementstrategie beauftragt wurde. Das Verfahren hat sich durch Corona verzögert, aber in den Beteiligungsveranstaltungen wurden verschiedene Punkte zur Verbesserung der ehrenamtlichen Arbeit benannt: Entbürokratisierung, Vereinfachung der Förderverfahren, die Finanzierung verlässlicher Strukturen der Engagementförderung und eine bessere Anerkennung für freiwilliges Engagement. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ergebnisse der finalen Engagementstrategie entsprechend umgesetzt werden.

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Das Ehrenamt bei jungen Menschen ist sehr vielfältig ausgeprägt. Bei der Engagementstrategie des Landes wollen wir auf deren Interesse besonders eingehen. Dabei wird insbesondere die Mobilität und die Vereinbarkeit Schule und Ausbildung eine große Rolle spielen. Projekte wie „Jugend + Kommune“ für die Gewinnung für ehrenamtliches Engagement auf kommunaler Ebene wollen wir voranbringen. Gleichzeitig verdient demokratisches Engagement in der Schule und im außerschulischen Bereich Anerkennung und Unterstützung. Wir wollen Klassen- und Schülersprecher unterstützen, indem ihr Engagement in der Schulgemeinschaft auf Zeugnissen gewürdigt wird. Um Schüler für das Ehrenamt zu begeistern, begrüßen wir den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Schule und Vereinen. Mit der Digitalisierung und der Medienbildung soll darüber hinaus ein neues Kapitel von Schulen aufgeschlagen werden. Wir wollen dazu gemeinsam mit den Schulen und Schulträgern tragfähige Konzepte entwickeln, die auch die Arbeit in Ehrenämtern auf diesem Wege ermöglichen soll.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

Das Engagement der jungen Menschen im Land ist für uns ein besonderes Anliegen. Denn Demokratie will gelernt sein und jede Generation hat unser freiheitliches-demokratisches Gemeinwesen neu zu verwirklichen. Darüber hinaus ist die Ermöglichung eines breiten Engagements der jungen Menschen entscheidend für deren Identifikation mit ihrer Heimatregion. Mithin ein entscheidender Haltefaktor. Wir nehmen die Stimmen der Jugendlichen ernst und sprechen uns daher für ein Wahlalter ab 14 Jahren aus.

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

*Mit unserem Kinder- und Jugendteilhabegesetz haben wir umfangreiche Schritte in diese Richtung unternommen. Da das Gesetz schon etwas älter ist, müssen Regelungen aktualisiert und der Kreis der Adressat*innen erweitert werden. Trotzdem konnten wir bisher zumindest teilweise Erfolge erzielen, z.B. durch Änderungen der Landesverfassung und des Kommunalverfassungsgesetzes. Die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen nach § 80 KVG ist allerdings nur eine Soll-Vorschrift die strenger gefasst werden muss.*

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Ehrenamtes hat DIE LINKE ihre Ziele für eine deutlich bessere Unterstützung und Anerkennung für ehrenamtliche Tätigkeit klar formuliert. Ehrenamtlich tätige Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen müssen aktiv unterstützt und ggf. entstehende Nachteile müssen beseitigt werden. Es muss u.a. kostenfreie Fortbildungen für ehrenamtlich Tätige und eine Lohnfortzahlung bei ehrenamtlicher Tätigkeit geben. Ein umfangreicher Versicherungsschutz, bessere Freistellungsmöglichkeiten und die Einführung einer Ehrenamtskarte sind ebenso Bestandteile unseres Ehrenamtsgesetzes wie die Forderung nach Unterstützung durch hauptamtlich Beschäftigte. DIE LINKE wird auf eine Bearbeitung der vielen offenen Fragen rund um das Ehrenamt im Rahmen der weiteren Arbeit an der Engagementstrategie des Landes drängen.

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Um junge Menschen im Ehrenamt zu motivieren, müssen sie bereits in jungen Jahren mit eingebunden werden. Deshalb brauchen etablierte Projekte, welche genau dazu motivieren, endlich eine dauerhaft gesicherte Finanzierung.

Frage 2

Welche Lösungen hat Ihre Partei, um dauerhafte Strukturen zu schaffen, damit das notwendige Ehrenamt eine Bereicherung der Zivilgesellschaft bleibt und nicht verstärkt zum Lückenbüßer für staatliche Aufgaben wird?



Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

Ehrenamt braucht Unterstützung und feste Strukturen. Wir setzen uns für eine Förderung des ehrenamtlichen Engagements durch Lotsen- und Patenschaftsprojekte, Engagementfonds und andere Formate niedrigschwelliger Unterstützung ein. Dazu gehört auch der Ausbau der Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement und die Einführung einer Ehrenamtskarte in Kooperation mit Kommunen, Wirtschaft und Verbänden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ergebnisse des Dialogprozesses rund um die von uns initiierte Engagementstrategie in der kommenden Legislaturperiode konkretisiert und mit entsprechenden Maßnahmen und Umsetzungsschritten unterlegt werden.

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Als CDU setzen wir auf ein soziales Miteinander in unserer Gesellschaft. Dabei geht es nicht allein um das Miteinander der Generationen. Es geht darum, die unterschiedlichen Interessenlagen in unserer Gesellschaft auszugleichen. Familien werden immer wichtiger und sind das Fundament unserer Gesellschaft. Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und der Sinn für Gerechtigkeit vermittelt wird. In ihr reift der Mensch zur Persönlichkeit heran und entfaltet sich zur Freiheit in Verantwortung. Hier werden Werte gelebt, die sich aus dem christlichen Verständnis vom Menschen ergeben – seiner unveräußerlichen Würde und seiner Mitmenschlichkeit. Hier ist auch die Unterstützung des Staates gefragt, wenn es entsprechenden Bedarf gibt. Ehrenamtliches Engagement gehört zu den tragenden Säulen unserer solidarischen Gesellschaft. Die Möglichkeiten, sich ehrenamtlich zu engagieren, sind genauso vielfältig, wie es die Gesellschaft ist: ob im Sport-, Kultur- oder Sozialbereich; auf der Ebene der ehrenamtlichen Kommunalpolitik, im Bereich der Justiz in Schiedsstellen und im Schöffendienst oder in Gewerkschaften und bei Arbeitgebervertretungen sowie den Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherung oder der Kammern; nicht zu vergessen die Freiwilligen Feuerwehren oder die Organisationen im Rettungswesen und im Katastrophenschutz, um nur einige zu nennen. Überall brauchen wir Menschen, die sich freiwillig engagieren.

Unterschiedliche Formen des Ehrenamtes erfordern unterschiedliche Ansätze, gerade weil das Ehrenamt in der Gesellschaft in den unterschiedlichsten Formen auftaucht. Die CDU wird das Ehrenamt weiterhin fördern. Neben der Sicherstellung guter Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement gilt es auch, die Vorstände in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die professionelle Begleitung ehrenamtlicher Arbeit, zum Beispiel durch Freiwilligenagenturen und ähnliche Organisationen, wollen wir weiter fördern. Wir wollen die Auszahlung von Fördermitteln für Projekte möglichst unbürokratisch gestalten.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

Es bedarf einer tragfähigen Mischung von Haupt- und Ehrenamt. Beide haben ihre eigene Wertigkeit und Sinnhaftigkeit. Um das Ehrenamt zu fördern, wollen wir eine zentrale Anlaufstelle für die Beantragung von Fördermitteln aufbauen, um möglichst niedrige bürokratische Hürden für Engagement zu errichten. Das ist für uns Ausdruck einer positiven Engagementkultur, die wir im Land befördern wollen. Denn zuallererst braucht es Wertschätzung und eine Kommunikation auf Augenhöhe zwischen der Zivilgesellschaft und der Behörden/der Verwaltung, um Engagement zu stärken.

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

Die Tendenz, hauptamtliche zu erfüllende Aufgaben aus dem Kernbereich staatlicher Verantwortung in das Ehrenamt abzugeben ist ganz überwiegend der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte und daraus folgend der Personalnot in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltungen geschuldet. DIE LINKE tritt deshalb für eine umfassende Steuerreform ein, die in erheblichem Umfang gesellschaftlichen Reichtum so umverteilt, dass in den öffentlichen Haushalten die Mittel zur Verfügungen stehen, um sozialstaatliches Handeln wieder auszubauen und die Aufgaben der Daseinsvorsorge umfassen wahrnehmen zu können.

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Ehrenamtliche leisten jeden Tag immer wieder einen enorm wichtigen Anteil für die Zivilgesellschaft. Um eine Lückenbüßerrolle zu verhindern, müssen klare Kompetenzen zwischen Ehren- und Hauptamt abgesteckt werden. Außerdem müssen Anreize für das Ehrenamt geschaffen werden. Beispiele hierfür sind kostenloser ÖPNV oder Kulturgutscheine.

Frage 3

Digitalisierung - wie konkret setzt sich Ihre Partei für die notwendige Qualifizierung der Ehrenamtlichen und Unterstützung der Vereine und Verbände ein, damit bürgerschaftliches Engagement in Sachsen-Anhalt in seiner ganzen Vielfalt digital vernetzt wird?



Für die SPD Sachsen-Anhalt antwortete die Spitzenkandidatin Dr. Katja Pähle:

*Die digitale Transformation verändert unser Leben und praktisch jeder Lebensbereich wird davon erfasst. Das schafft eine Lebens-, Arbeits- und Lernwelt im ständigen Wandel. Es ist uns wichtig, dass die Bürger*innen unseres Landes frei und selbstbestimmt an dieser digitalen Zukunft teilhaben können. Das bedeutet auch lebenslanges Lernen. Wir wollen allen die Chancen der Digitalisierung zugänglich machen. Die Digitalisierung verändert auch unsere Freizeit und das Ehrenamt. Wir wollen bspw. ein Programm für die digitale Teilhabe älterer Menschen auflegen: zur Vernetzung von Senior*innentreffs, zur Unterstützung bei Beschaffung und Bedienung geeigneter Endgeräte, für mehr barrierefreie Angebote im Netz, für den Support eigener Social-Media-Accounts.*

Für die CDU Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Tobias Krull:

Die CDU unterstützt die digitale Vernetzung der Vereine und Ehrenamtlichen. Wir setzen uns für eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkinfrastruktur im gesamten Land ein. Wir wollen mit dem Ausbau der Breitband-Netze und der fortschrittlichsten mobilen Datenübertragungstechnik (zurzeit 5G) und zuverlässigen Internetverbindungen gewährleisten, die für eine digital vernetzte Wirtschaft und unsere Bürger wichtig sind. Mehr als die Hälfte unserer Bürgerinnen und Bürger leben auf dem Land.

Wir wollen, dass alle Menschen die Chancen der Digitalisierung nutzen können. Sie sollen den digitalen Wandel selbstbestimmt mitgestalten und verantwortungsvoll mit den Risiken umgehen können. Dazu gehört auch die Qualifikation der Ehrenamtlichen. Dafür werden in allen Bereichen mehr Angebote bereitgestellt und das Bildungssystem noch stärker auf das digital geprägte Leben, die digitale Arbeits- und Wirtschaftswelt und die digitale Wissensgesellschaft ausgerichtet. Die CDU wird die Aus- und Fortbildung Ehrenamtlicher ermöglichen. Wir setzen uns für eine Würdigung des Ehrenamtes ein. Ehrenamtlich Aktive brauchen auch Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung. Wir wollen, in Zusammenarbeit mit den Kommunen und freien Trägern, die Aus- und Fortbildungsangebote, zum Beispiel an Volkshochschulen weiter ausbauen. Bei Förderungen sind die Anschaffungs- und Betriebskosten für die notwendigen Geräte stärker zu berücksichtigen.

Für Bündnis 90/Die Grünen antwortete der Landesvorsitzende Sebastian Striegel:

*Wir unterstützen Experimente im Bereich E-Governance oder E-Partizipation. Sie ermöglichen den Bürger*innen mehr Mitsprache und Einflussnahme sowie mehr Transparenz der Entscheidungsprozesse. Wir wollen, dass das Land künftig eine zentrale Beteiligungsplattform aufbaut, an der sich neben den Landesbehörden und Ministerien auch die Kommunen und Landkreise beteiligen sollen. Online-Beteiligung wollen wir fördern, beispielsweise mit Bürger*innen-Anhörungen per App und dem Ausbau von E-Petitionen.*

Für die Partei DIE LINKE Sachsen-Anhalt antwortete der Landesvorsitzende Stephan Gebhardt:

Wichtig ist in erster Linie die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigem Internet. Wo dies nicht möglich ist, sollten Vereine und Verbände mit Freifunk und/oder WLAN versorgt werden. Die Landesförderung für Freifunknetze und WLAN wollen wir fortführen und weiter ausbauen.

Für die FDP Sachsen-Anhalt antwortete der Kandidat zur Landtagswahl Konstantin Pott:

Hierfür ist die digitale Infrastruktur zunächst grundlegende Voraussetzung. Durch Weiterbildungsangebote kann hier die Qualifizierung sichergestellt werden. Dafür muss das Land digitale Plattformen schaffen, um Unterstützung und Vernetzung zu vereinfachen.